



DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

#02 klar.links
März/April 2023
33. Jahrgang

Meine Sicht.



Danke Friedrichshain

DIE LINKE hat ihr Direktmandat im Wahlkreis 4 verteidigt! Ich darf den Friedrichshainer Westen weiter im Abgeordnetenhaus vertreten. Ich bedanke mich bei allen Wählerinnen und Wählern für das große Vertrauen in unsere Partei und in mich persönlich. Die Menschen hier können sich weiter auf mein Team und mich verlassen. Wir werden unsere Arbeit für lebenswerte Kieze und gegen Verdrängung fortsetzen. Es gibt viel zu tun: Die Nachverdichtung durch die WBM muss so erfolgen, dass die Lebensqualität der Anwohner nicht vollständig zerstört wird. Die öffentliche Infrastruktur muss erhalten und ausgebaut werden. Das gilt für die Schulen und Kitas im Bezirk genauso wie für Parkbänke und Sportplätze. Gegen Mietenexplosion und Verdrängung setzen wir auf öffentliches Eigentum. An der Weberwiese drohen den Mietern Kündigungen aus Eigenbedarf. Denn der Investor Round Hill Capital hat bis zu 500 Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt und will diese nun einzeln verkaufen. Unser Ziel ist, dass die Wohnungen stattdessen von einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft gekauft werden. An der Karl-Marx-Allee hat etwas ähnliches schon einmal funktioniert. Darum werde ich mich in den kommenden Jahren kümmern.

Damiano Valgolio
Damiano Valgolio,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Frauenarbeit ist mehr wert!

Arbeit ist in diesem Land sehr ungleich verteilt – und sie wird sehr ungleich entlohnt. Viel zu selten lässt sich das allein durch längere Ausbildungszeiten oder größere Verantwortung der Aufgabe begründen. Erst recht nicht, wenn man sich die unterschiedlichen Löhne von Frauen und Männern anschaut. Wir schreiben das Jahr 2023 und noch immer liegt die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern bei 18 Prozent. Und auch wenn diese Zahl in den letzten zehn Jahren um fünf Prozent gesunken ist, müssen wir gleichzeitig feststellen, dass der Anteil von armutsgefährdeten Menschen in Deutschland in den letzten 15 Jahren um 1,5 Prozent gestiegen ist. Das soll heißen, wenn sich die Einkommen von Frauen und Männern annähern, heißt das nicht automatisch mehr Geschlechtergerechtigkeit, es kann auch daran liegen, dass die Löhne insgesamt sinken – zumindest bei der unteren Hälfte der Bevölkerung. Von Armut betroffen sind am häufigsten alleinerziehende Frauen. Jede vierte von ihnen lebt an der Armutsgrenze. Zum Vergleich: In Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem Kind sind es nur neun Prozent. Das liegt unter anderem daran, dass alleinerziehende Mütter seltener einen Job finden oder in Teilzeit arbeiten müssen, und damit weniger Einkommen generieren können. Auch Frauen in Partnerschaften arbeiten häufiger in Teilzeit als Männer. 77,6 Prozent der Frauen mit Kleinkindern arbeiten in Teilzeit – im Vergleich dazu aber nur 29,4 Prozent der Männer. Frauen erledigen im Privaten den Großteil der Haus-, Sorge- und Erziehungsarbeit. Diese ihnen zugeschriebene Rolle erfüllen sie so gewissenhaft, dass sie dafür auf Vollzeitjobs und damit auf mehr Lohn verzichten. Nun ist es natürlich

nicht so, dass das Kümern um Kinder nur eine große Bürde wäre. Doch hinter dieser ungleichen Arbeitsverteilung zwischen Frauen und Männern stecken ein Weltbild und eine Wirtschaftsweise, die versucht, möglichst viel aus den Menschen herauszupressen und die bestimmte Arbeiten mehr anerkennen als andere – das drückt sich auch auf dem Lohnzettel aus. Beispielsweise ist ein Auto herzustellen leider immer noch mehr wert als die Pflege eines demenzkranken Menschen. Das Managen eines Betriebs ist übertrieben mehr wert als die Reinigung seiner Toiletten. Besonders in Jobs, in denen mit Menschen gearbeitet wird, werden häufig geringe Löhne gezahlt. Ob in der Pflege, in der Sozialarbeit oder in Kitas. Genau in diesen Jobs arbeiten jedoch mehrheitlich Frauen.

Aktuell sind es unter anderem diese Frauen, die in den Tarifausschüssen des Öffentlichen Dienstes mit ihren Kollegen um höhere Löhne kämpfen – 10,5 Prozent mehr Lohn sind mehr als angemessen. Als DIE LINKE unterstützen wir die Arbeitskämpfe der Angestellten im Öffentlichen Dienst. Daneben kämpfen wir auch um mehr Personal und kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich – das ist nicht nur sozial gerecht, es führt auch zu mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern!



Kerstin Wolter,
Co-Bezirksvorsitzende
der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg



Gender Pay Gap: Ungleichheit der Löhne



Am 8. März ist internationaler Frauen*kampftag. Aber wer weiß, welcher Tag am 7. März ist? Am 7. März begehen wir in diesem Jahr in Deutschland den Equal Pay Day oder auch Gender Pay Day. Bis zu diesem Tag arbeiten Frauen kostenlos im Vergleich zu Männern. Je später dieser Tag »gefeiert« wird, desto größer ist der Lohnunterschied. In Deutschland verdienen Frauen im Schnitt 18 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, das bedeutet fast ein Fünftel weniger Lohn und einen Arbeitseinsatz von 66 Tagen, an denen Frauen ohne Lohn arbeiten. Oder anders gesagt: Männer verdienen 21 Prozent mehr Lohn als Frauen.

Diese Zahlen sind natürlich unbereinig und je nach Branche verschieden. Im Bereich Information und Kommunikation liegt die Lücke bei der Entgeltgleichheit bei 23 Prozent und im Bereich Kunst und Unterhaltung sogar bei 30 Prozent. Nicht eingerechnet ist allerdings

der Fakt, dass Frauen im Laufe ihrer Karriere viel seltener auf gut bezahlte Positionen befördert werden wie Männer. Der französische Ökonom Thomas Piketty untersuchte, wie sich seltenere Beförderungen auf die Einkommenslücke auswirken und stellte fest: Bis zum Ende des Berufslebens und unter der Berücksichtigung der verschiedenen Karrierechancen steigt die Gender-Pay-Gap mit dem Lebensalter an und erreicht zum Renteneintritt 64 Prozent. Eine weitere interessante Zahl hat das Statistische Bundesamt veröffentlicht. Eine Untersuchung zeigte, im Osten ist die Gender-Pay-Gap deutlich kleiner als im Westen. Während im Osten eine Frau für jeden Euro, den ein Mann verdient, 93 Cent bekommt, verdient eine Frau im Westen nur 81 Cent.

Und noch eine Sache unterscheidet den Osten vom Westen: Im Median dreht sich die Lohndifferenz im Osten sogar komplett um. Das mittlere monatliche Bruttoeinkommen von

ostdeutschen Frauen liegt bei 3060 Euro und damit um 82 Euro höher als bei ostdeutschen Männern, die im Schnitt 2978 Euro verdienen. Auch wenn im Osten die Löhne und Gehälter immer noch deutlich niedriger sind als im Westen, kann hier der Westen vom Osten lernen.

Was uns darüber hinaus noch mehr zum Nachdenken bringen sollte, ist der Vergleich mit unseren Europäischen Nachbarn. Nach Estland und Lettland gehört Deutschland zu den Schlusslichtern. Alle anderen unserer EU-Nachbarn können diesen Tag deutlich früher begehen. In Luxemburg zum Beispiel sehen wir nur 0,7 Prozent Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern.

Im Kampf um gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit und um berufliche Chancen bleibt also noch viel zu tun.



Brunhilde Van hove, Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg



Yvonne Hein, Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg

AUF ZUM FRAUEN*KAMPFTAG!

Am **8. März** wird es ab **13 Uhr** eine **Demo am Invalidenpark** geben mit dem Ziel Bebelplatz. Dort gibt es ab 15.30 Uhr eine Kundgebung des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung. In unserem Bezirk sind weitere Aktionen geplant, die im Roten Laden erfragt werden können. Die Partei DIE LINKE setzt sich wie keine andere Partei für die tatsächliche Herstellung der Geschlechtergleichheit ein – für ein selbstbestimmtes Leben.

Wir freuen uns, Euch am 8. März auf der Straße zu treffen!



Berlin hat gewählt

Fast eineinhalb Jahre nach der letzten Wahl hatten die Berlinerinnen und Berliner am 12. Februar erneut die Wahl. Vorausgegangen war dem die Entscheidung des Berliner Verfassungsgerichts, die vorangegangenen Wahlen aufgrund der vielfach dokumentierten Pannen vollständig wiederholen zu lassen.

DIE LINKE hat sich bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg unter schwierigsten Bedingungen und trotz leichter Verluste behaupten können. Wir bleiben als Partei in Stadt wie Bezirk ein Faktor, an dem man nicht so einfach vorbeikommt. Auf Landesebene wird DIE LINKE nach leichten Verlusten und bei einem Ergebnis von 12,3 Prozent künftig mit 22 Abgeordneten im Abgeordnetenhaus vertreten sein. Auch in Friedrichshain-Kreuzberg

musste DIE LINKE bei der Abgeordnetenhauswahl mit 21,1 Prozent leichte Verluste hinnehmen. Den zweiten Platz in der Wählergunst konnte sie hier jedoch klar verteidigen. Ins Abgeordnetenhaus entsendet DIE LINKE aus Friedrichshain-Kreuzberg weiter drei Abgeordnete: Elif Eralp, Steffen Zillich und Damiano Valgolio, der im westlichen Friedrichshain erneut direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt wurde und dabei den Abstand zur Zweitplatzierten sogar noch vergrößern konnte. Auch bei der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg konnte DIE LINKE mit 20,6 Prozent bei leichten Verlusten weiter den zweiten Platz klar behaupten. Künftig stellt DIE LINKE dort zwölf Abgeordnete.

Für dieses Vertrauen ganz herzlichen Dank den rund 23.000 Wählerinnen und Wählern, die DIE LINKE in

Friedrichshain-Kreuzberg bei diesen Wahlen mit ihrer Stimme unterstützt haben.

Zum Redaktionsschluss dieser Zeitung ist offen, was aus dem Wahlergebnis folgt: Werden SPD oder Grüne den Lockrufen der CDU folgen und mit dieser eine Koalition bilden – oder wird die Koalition zwischen SPD, Grünen und LINKE fortgesetzt?

Klar ist: Sollte die CDU künftig den Regierenden Bürgermeister stellen, dann wird das unsere Stadt nicht einen, sondern bestehende Spaltungen weiter verschärfen. Und klar ist auch: Sollte es zu einer Fortsetzung der bisherigen Koalition kommen, kann dies kein einfaches »Weiter so« bedeuten.

DIE LINKE wird in jedem Fall auf allen Ebenen weiter mit aller Kraft dafür kämpfen, wofür wir gewählt wurden: für die Umsetzung des Volkstent-

scheidts »Deutsche Wohnen & Co enteignen« und besseren Schutz für Mieterinnen und Mieter, für die Schaffung neuen bezahlbaren Wohnraums und die Überwindung von Obdachlosigkeit, für gute Arbeitsbedingungen und anständige Löhne für alle, für den Ausbau der Schulkapazitäten und die Verbesserung der Personalsituation in den Schulen, für einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und die Verhinderung des Weiterbaus der Stadtautobahn A100 mitten durch unseren Bezirk – und natürlich noch für vieles mehr.



Pascal Meiser, Mitglied im Bundestag und Co-Betriebsratsvorsitzender der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg



Regelförderung statt immer neuer Projekte

Meine Sicht auf die Diskussionen nach den Silvesterereignissen

Nicht erst seit letztem Silvester berichten Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der aufsuchenden Jugendsozialarbeit in unserem Bezirk von gewalttätigen Vorfällen, die von Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgehen. Das lässt sich in beiden Ortsteilen beobachten und ist mitnichten eine Gewalt, die lediglich von jungen Menschen mit Migrationsbiografie ausgeht. Das kann gar nicht oft genug betont werden.

Diese Gewaltvorfälle haben ihren Ursprung in sozialen Ungleichlagen und sind Ausdruck gesellschaftlicher Probleme, die besonders in beengten Wohnvierteln vorkommen. Gerade junge Menschen mussten während der Pandemie auf vieles verzichten, um Ältere zu schützen. Bestehende Problemlagen, Bildungsungerechtigkeit wurden verstärkt. Homeschooling z. B. ist in kleinen Wohnungen viel schwerer zu organisieren und durchzuführen als in Wohnungen, in denen jeder ein separates Zimmer nutzen kann. In der Folge ist zahlreichen

Jugendlichen der Zugang zu einem Schulabschluss, in eine Berufsausbildung erschwert. Sie benötigen intensive Begleitung außerhalb ihres Elternhauses und gute Angebote der Jugendberufshilfe.

Nach dem Auftakt des Gipfels gegen Jugendgewalt gab es Folgeveranstaltungen, in denen Expert*innen aus der Praxis, junge Menschen und Verwaltung über gelingende Gewaltprävention diskutierten und ihren jeweiligen Ansatz einbrachten. Ich war Mitglied der Arbeitsgruppe »außerschulische Jugendsozialarbeit«, wir tagten in sieben Untergruppen. In allen Untergruppen herrschte Einigkeit darüber, dass ausfinanzierte Regelstrukturen – die schon da sind – am besten auf kurzfristige Veränderungen des Bedarfs reagieren können. Unentwegt neu aufgelegte Projekte, deren Finanzierung nach Auslaufen von den Bezirken gestemmt werden müssen, sind kontraproduktiv. Freie Träger brauchen Planungssicherheit über mehrere Jahre, auch um qualifiziertes Personal

finden und halten zu können. Die Arbeit vor Ort ist Beziehungsarbeit und wirkt dann präventiv, wenn langfristige enge Bindungen zu jungen Menschen aufgebaut werden.

In dicht bebauten Innenstadtbezirken sind Räume für Kinder und Jugendliche knapp, es bedarf der Schaffung von Flächen im öffentlichen Raum, in denen man sich ungestört begegnen kann, sowie der Sicherung von bestehenden Einrichtungen. Orte, an denen sich junge Menschen aus dem gesamten Stadtgebiet treffen, müssen gesamtstädtisch betrachtet und finanziert werden.

Der Weg in die Selbständigkeit gelingt in der Regel über eigenen Wohnraum. Der angespannte Wohnungsmarkt ermöglicht es wenigen, ausziehen und sich vom Elternhaus zu lösen. Gerade bei sozial schwachen Familien ist das ein großes Problem. Deshalb ist es dringend notwendig, dass jungen Menschen bezahlbare Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Junge Menschen wissen selbst am besten, welche Wünsche sie ha-

ben, sie sind die Expert*innen ihrer Lebenswelt. Das muss sich auch in unseren Beteiligungsverfahren widerspiegeln. Bei der Planung sind sie mit einzubeziehen und ist ihren Wünschen und Anregungen Rechnung zu tragen. Dann gelingt die Einbeziehung und es wächst eine Verantwortlichkeit für das eigene Handeln.

Fazit: Es gilt, die vorhandenen, vielfältigen Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit innerhalb dieser Stadt zu vernetzen, nachhaltig und auskömmlich zu finanzieren. Dazu gehört auch ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept der Senatsverwaltungen Jugend, Sport und Inneres unter Einbeziehung der Polizei. Dann kann gelingen, dass sich Vorfälle wie an Silvester nicht wiederholen.



Regine Sommer-Wetter, Stadträtin für Jugend und Gesundheit

Kein Geld für Rathaus und Schulen

Das alte Kreuzberger Rathaus fällt auseinander. Neben dem Ostbahnhof ist deshalb seit Jahren ein neues Rathaus geplant. Die Betonung liegt auf »geplant«. Mit der neuen Investitionsplanung wird ein Großteil der angedachten Investitionen im Bezirk nun auf 2027 (!) verschoben. Die dringend nötige Sanierung von über 30 Schulen im Bezirk, vieler Plätze, Gehwege und Gebäude wird damit um Jahre verschoben.

Neubauprojekte wie das Rathaus, die umstrittene Sportanlage an der Zülpichauer Straße oder des Zirkushaus Schatzinsel werden teils bis auf 2029 geschoben – wohlgemerkt nur der Baubeginn. Von der

Schulbauoffensive der SPD ist fast nichts übrig geblieben. Im Bezirk fehlen über 1000 Schulplätze und viele der öffentlichen Gebäude verfallen buchstäblich. Dieser Zustand ist unhaltbar. Auch aus finanzieller Sicht macht die neue Investitionsplanung keinen Sinn. Je weiter die Gebäude verfallen, desto kostspieliger wird die Sanierung der Gebäude. Zudem entstehen absehbar Mehrkosten, falls die alten Gebäude im laufenden Betrieb ausfallen wie jüngst an einer Schule in Mitte geschehen. Alle Schülerinnen und Schüler mussten dort im laufenden Betrieb umziehen. Der Bezirk Mitte musste für viel Geld ein neues

Gebäude, die alte Zentrale von Air Berlin, anmieten. Solche Zustände drohen nun auch in Friedrichshain-Kreuzberg wie Bezirksstadtrat Andy Hehmke in der BVV offiziell bestätigte.

Die neue Investitionsplanung wird die ohnehin angespannte Situation in vielen Schulen und öffentlichen Gebäuden noch einmal erheblich verschärfen. Ob sich an dieser Planung noch etwas grundsätzlich ändert, ist fraglich, weil die Entscheidung maßgeblich vom Berliner Finanzsenator Daniel Wesener (Grüne) abhängt. Als LINKE hat für uns die Sanierung der Schulen und öffentlichen Gebäude Priorität. Der

Bezirk braucht dringend neue Schulplätze und neue Schulen.

Wer wissen will, welche Sanierungsmaßnahmen und Baupläne von dem neuen Investitionsplan im Bezirk betroffen sind, kann gerne in unserer BVV-Fraktion nachfragen.



Janis Ehling, Vorsitzender des Haushaltsausschusses in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg und arbeits- und gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der BVV

Termine

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:

Montag: 9–16 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,
Mittwoch: 11 bis 18 Uhr, Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen März/April 2023**Bezirksübergreifende Veranstaltungen**

- 8. März: Verschiedene Aktionen zum Frauen*kampftag im Bezirk
- 1. Mai: Großes Mai-Fest auf dem Mariannenplatz

Ortsverband Friedrichshain Südost

- Mitgliederversammlung: 6.3. und 3.4., 19 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain Nordost

- Mitgliederversammlung: 16.3. und 20.4., 19 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain Nordwest und Südwest

- Die beiden Ortsverbände werden im März zusammengelegt. Für Veranstaltungen bitte per E-Mail anfragen

Ortsverband Kreuzberg

- Mitgliederversammlung: 2.3., 18 Uhr und 15.4., 10–14 Uhr (mit Vorstandswahlen) jeweils im Familiengarten, Oranienstraße 34 (Hinterhof)

- Social Media AG Kreuzberg: 15.3. und 19.4., jeweils 19 Uhr, WKB Meiser/Eralp, Zeughofstraße 22

AK Rote Beete für sozial-ökologischen Umbau

Monatliches Treffen: 9.3. und 16.4., jeweils 18.30 Uhr, Wahlkreisbüro Meiser/Eralp, Zeughofstraße 22

Bürgerbüro Pascal Meiser, MdB

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

Bürger*innensprechstunde: 22.3., 17–18.30 Uhr (Kurt Tucholsky Bibliothek, Esmarchstraße 18, Prenzlauer Berg) und 3.5., 16.–17.30 Uhr (Roter Laden)

Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdB

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030/69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de

Öffnungszeiten: Mo, 10–16 Uhr und Mi, 12–18 Uhr

Bürger*innensprechstunde: 20.3. und 17.4., jeweils 16–18 Uhr

rechtliche Erstberatung für Aufenthalts- und Antidiskriminierungsrecht:

27.3. und 24.4., jeweils um 16–18 Uhr

Kontakt Damiano Valgolio, MdB

DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 0179/5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

Bürger*innensprechstunde: 22.3. und 26.4., jeweils 16–17.30 Uhr, Roter Laden

Kostenlose Rechtsberatung: 23.3. und 27.4., jeweils 15–17 Uhr, Roter Laden

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdB

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Bürgersprechstunde 10.3. und 21.4., jeweils 10.30–11.30 Uhr

Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich): 9.03. und 13.4., jeweils 15.30–17.30 Uhr



Neuer Standort der Zukunft am Ostkreuz neben der Wilden Renate, im Hintergrund der Treptower.
Foto: Toni Petraschk

Kultur statt A100!

Die Pläne für den Weiterbau der A100 durch Friedrichshain werden immer absurder, je bekannter sie werden. Doch bisher ist zu wenigen vorgedrungen, wie weit fortgeschritten diese sind und wie viele Kulturorte dafür abgerissen werden müssen.

So berichtet *entwicklungsstadt.de*, dass bereits ein Berliner Ingenieurbüro mit der Planung des 17. Bauabschnitts beauftragt wurde und dass dieser 1,5 Milliarden (!) Euro kosten und bis 2035 abgeschlossen sein soll. Rund um das Ostkreuz müssten Straßen für die Tunnelbaustelle jahrelang gesperrt werden. Auf Höhe des Wiesenwegs soll die Autobahn dann wieder an die Oberfläche treten und – kein Scherz – ÜBER das Ringcenter hinweg geführt werden. Natürlich wäre dort die Baustelle mit einer jahrelangen Sperrung der unverzichtbaren Ost-West-Achse Frankfurter Allee (nicht umsonst auch bekannt als Bundesstraße 1) verbunden.

Doch es geht noch weiter: Sechs Kulturorte, die nicht nur für den Bezirk, sondern berlinweit von Bedeutung sind, sollen der Blechlawinen-Route weichen. Ich zähle von Süden nach Norden auf: Die *Else*, ein Club- und

Barbetrieb und sehr schöner Streifen Kultur zwischen Straße und Ringbahngleisen auf der Treptower Seite der Eisenbrücke. Der *Club Ost*, als Gebäude auch bekannt als die frühere Osthafendirektion. Die *Wilde Renate*, ein vermeintliches Wohnhaus an der Unterführung nach Stralau, das allerdings ein Club mit internationalen Line Ups und zahlreichen Ateliers, Studios und Proberäumen im Seitenflügel ist. Besonders tragisch: Die gerade erst mit viel Aufwand und Verhandlungen mit Hilfe unserer Linksfraktion im Bezirk gerettete *Zukunft am Ostkreuz*, deren neues Gelände zwischen *Wilder Renate* und Ringbahn-Gleisen liegt (siehe Bild). Der letzte betroffene Kulturort im Südkiez ist das *About Blank*, ein linker Club, der auch soziokulturelle Angebote macht und einen wichtigen Schutzraum darstellt. Hier halten viele LINKE bis hoch zu Klaus Lederer angestrengt die Hände drüber, aber im Ernstfall wird auch das nicht helfen. Was hier besonders aufregt: Der wunderschöne, große Clubgarten mit einem gut gewachsenen und gepflegten Wäldchen und der Club selbst sollen nicht mal für die Autobahn selbst,

sondern eine Baustellenzufahrt dem Erdboden gleichgemacht werden. Im Nordkiez geht es dann am Wiesenweg weiter: Der *Club OXI* (ehemals *Kosmonaut*, dann *Polygon*) ist ein Ort unter anderem für queere Menschen. Direkt nebenan liegt das *Void*, ein kleiner Club und eine allerletzte Heimat der elektronischen Musikrichtung Drum*n*Bass, der liebevolle Nachwuchsförderung betreibt. Der Veranstaltungsbereich ist von der Pandemie und ihren Folgen noch immer stark gebeutelt, da Kulturorte und Clubs die ersten waren, die pandemiebedingt schließen mussten, und die letzten waren, die – vor nicht mal einem Jahr! – wieder öffnen durften. Diese Orte sind mehr als Locations, wo die Jugend tanzen geht: Sie sind Arbeitgeber und Steuerzahler in unserem Bezirk, und nicht die gerade die kleinsten! Sie fördern Nachwuchskünstler*innen, bilden zum Teil auch im Veranstaltungsbereich aus und sind wichtige Schutzräume etwa für People of Colour, LGBTQI+ und auch linke Kräfte. Und nicht zuletzt stehen sie, und dank ihnen unser Bezirk, für verdammt gute Musik. Deshalb verdienen sie unsere unbedingte Solidarität! Wir als Friedrichshain-Kreuzberger*innen müssen also noch viel lauter werden gegen den Weiterbau der A100. Nicht nur unserem Zuhause und dem Klima zuliebe, sondern auch um der Kultur wegen. Die nächste Gelegenheit: Die Tanzdemo »Wem gehört die Stadt« am 6. Mai geht 15 Uhr am *Kosmos* in der Karl-Marx-Allee los und hat sich dieses Jahr den Widerstand gegen die Autobahn groß auf die Fahnen geschrieben.



Maria Bischof, Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg und Initiatoren des LINKEN-Antrages für kostenlose Toiletten

BITTE UNTERSTÜTZE

DIE LINKE IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

AKTIV!



Mitglied werden unter
www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden



Spenden an DIE LINKE LV Berlin
IBAN: DE59 100708480525607803
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

DIE LINKE.

Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 24. Februar 2023
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87

www.dielinke-fk.de

www.facebook.com/DIELINKE.FK
Instagram: @dielinke.fk

info@dielinke-fk.de

Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.),
Damiano Valgolio

Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de